

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Abonnementspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 150 G.-Pfg., bei Selbstabholung 140 G.-Pfg. — Einzelnummer 10 G.-Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 u. 24598. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. Verkaufspreis Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 13893. — Verlag in Leipzig: Tauscher Straße 19/21 — Telefon 24598	Inseratenpreise: Die 10gehalt. Kolonelle 30 G.-Pfg., bei Platzvorschrift 35 G.-Pfg., Familiennachrichten von Privaten die 10gehalt. Kolonelle 15 G.-Pfg., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gehalt. Kolonelle 35 G.-Pfg., bei Platzvorschr. 40 G.-Pfg., Reklamezeile 1.75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm.
---	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Abermals der Bürgerblock?

Neue Verhandlungen zwischen den Rechtsparteien.

Der Bürgerblockgedanke wirkt auf die bürgerlichen Rechtsparteien wie ein Magnet. Immer weitere Gruppen werden von der Konzentration der bürgerlichen Interessen angezogen. Wenn nicht alles klappt, dürfte trotz der Erklärung, die die Deutsche Volkspartei am Sonnabend abgegeben hatte, der Bürgerblock zu Stand kommen, und vielleicht schon, wenn diese Zeiten in Duldung gehen, hat die deutsche Republik die Regierung der Zukunftstrippe, in die sich alle bürgerlichen Parteien gemächlich teilen.

Bereits am Sonntag hatte sich eine neue Schwärzung vollzogen. Vielleicht ist nichts imstande, die Zerissenheit in den beiden bürgerlichen Rechtsparteien klassischer zu demonstrieren, als das Organ des verstorbenen Stinnes, die Deutsche Allgemeine Zeitung, die in ihrer Sonntagsausgabe trotz der Vertrauensumgebung der deutschvölkischen Reichstagsfraktion erklärte:

Man kann unter solchen Umständen erwarten, daß der gewesene Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Gustav Stresemann, aus eigenem Entschluß darauf verzichtet wird, in das neu zu bildende Kabinett als Minister zurückzukehren. Die politische Situation würde durch sein Weiterverbleiben im Amt außerordentlich schwer belastet werden. Das Interesse des Vaterlandes macht es erforderlich, daß er diese Schwierigkeiten freiwillig befreit. Die wünschenswerteste Regierungsbildung darf an seiner Person nicht scheitern."

Daraus bereits war zu ersehen, was hinter den Kulissen vor sich ging. Seit Tagen war es ein offenes Geheimnis, daß sowohl in der deutschnationalen Fraktion, mehr aber noch in der Deutschen Volkspartei zwei Strömungen um die Palme des Sieges rangen, und obwohl durch die letzte Session in der Partei Stresemanns der rechte schwerindustrielle Flügel abgeplättet war, tendieren doch die deutschvölkischen Interessen außerordentlich stark zu der Partei, der sich die Rechte und Quack angeschlossen haben.

Schon am Sonntag hatten die Abgeordneten Hergt und Westarp neuerdings Fühler ausgestreckt. Sie verhandelten abermals mit dem Reichsminister Dr. Marx. Am Montagvormittag richtete die deutschnationalen Volkspartei ein Schreiben an die Fraktion Stresemanns, das zwar bis zur Stunde nicht publiziert worden ist, in dem aber "die Möglichkeit neuer Verhandlungen" betont wurde.

Der Kampf dreht sich im wesentlichen um die Person Stresemanns und um die Gestaltung der zukünftigen Innenpolitik. Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß die deutschnationalen außenpolitisch starke Konzeptionen machen werden. Zwar erklärt der Tag in seiner Nacht Ausgabe, daß der Rücktritt des Außenministers Dr. Stresemann in dem Briefe der deutschnationalen Volkspartei nicht gefordert werde. Andererseits aber verläutet, daß Stresemann ersetzt werden soll, daß dies aber keinesfalls eine Schwächung in der Außenpolitik zu bedeuten brauche. Die deutschnationalen sind also, wie wir bereits vermuteten, bereit, sich in die Außenpolitik, die das Kabinett Dr. Marx vertritt, einzufügen, und sie scheinen berechtigten Grund dafür zu haben, da von maßgeblicher Seite der deutschen Regierung unverhüllt zu verstehen gegeben worden ist, daß man mit einer Annahme der Dawes-Gutachten unter allen Umständen rechne.

Der Brief der Deutschnationalen hat bei der Deutschen Volkspartei Wunder gewirkt. Gestern nachmittags gegen drei Uhr war die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei beendet. Sie gab ein offizielles Kommuniqué heraus, das weder Fisch noch Fleisch für den Kundigen aber der deutliche Beweis für die grundsätzliche Schwankung war. Die Erklärung lautet:

"Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 2. Juni wiederholt zu den Gerüchten und Vermutungen Stellung genommen, daß die Fraktion den Parteiführer und Außenminister Dr. Stresemann fallen lassen soll. Sie stellt demgegenüber fest, daß sie und ihre Verhandlungsführer stets an ihm aus sachlichen und persönlichen Gründen festgehalten haben. Wenn sie die Entschelung auch von dem Willen des Herrn Dr. Stresemann abhängig gemacht hat, so war das zunächst eine Selbstverständlichkeit, entsprach aber auch der eigenen Haltung des Dr. Stresemann gegenüber dem Reichsminister Dr. Marx. Die Fraktion verweist wiederholt auf den Beschluß vom 31. Mai, wonach sie zu ihrer Haltung in erster Linie durch die Erwägung bestimmt ist, daß es aus sachlichen Gründen geboten ist, im Aus- und Innlande durch einen Wechsel der Person nicht den Anschein einer außenpolitischen Kursänderung hervorzuheben."

Man muß die Nationalliberale Wetterfahnen-Partei kennen, um hinter den Sinn des ganzen zu kommen. Zwar verweist die völksparteiliche Fraktion auf die Beschlüsse vom 31. Mai, aber das Achtuhr-Überrundblatt, das kurz nach Beendigung der völksparteilichen Fraktionsitzung erschien, hatte die Geheimnisse dieser Erklärung scheinbar richtig erfaßt, indem es schrieb:

"Im Reichstag wird der Sinn dieser neuen Erklärung sehr leicht umzudeuten, im wesentlichen aber dahin ausgelegt, daß die Initiative hinsichtlich seiner Zukunft als Außenminister Dr. Stresemann persönlich zugesprochen wird."

Die Völkische Zeitung charakterisiert die Verhältnisse in der Deutschen Volkspartei sehr richtig, wenn sie darauf verweist, daß sich diese trotz der Session vor den Wahlen das Gesicht ihres Handelns weiterhin von ihrem schwerindustriellen Flügel diktiert lassen.

Dieser Flügel ist jetzt von ihr abgeprengt. Ein Teil seiner Mitglieder sieht bei der deutschnationalen Volkspartei. Anstatt diese reinliche Scheidung zu begrüßen, läßt sie jetzt den von ihr selbst abgeplätteten Mitgliedern nach und läßt sich jetzt vom Fraktionszimmer der deutschnationalen Volkspartei aus an der Strippe ziehen."

Der Beschluß der Deutschen Volkspartei ist wahrscheinlich auch bescheinigt worden, da die harrliche Volkspartei erklärte, ohne die

Deutschnationalen in ein Kabinett Marx nicht eintreten zu wollen. Zweifelsfrei ist noch die Haltung der Demokraten. Da diese aber mehr noch als die Deutschnationalen von dem Bestreben gefoltert werden, überall dabei zu sein, dürften sie sich nach einigem Sträuben unterwerfen und entgegen der skeptischen Auffassung der Völkischen Zeitung über das Zustandekommen des Bürgerblocks der Bildung derselben ihre Zustimmung geben.

Wie die Einigung erfolgen wird, ist zur Zeit noch höchst ungewiß. Nach der gescheiterten Erklärung der Deutschen Volkspartei dürfte man vielleicht Stresemann fallen lassen. Eine wesentliche Veränderung im außenpolitischen Kurs dürfte sich daraus zunächst kaum ergeben. Die "Kontinuität" in dieser Richtung würde im neuen Kabinett durch Dr. Marx bestimmt. Entscheidend ist die Neuregelung der Innenpolitik. Da dürften die Deutschnationalen einen vollen Sieg erringen. Die preußische Koalition würde vielleicht nicht sofort aufgelöst. Aber es scheint, als wenn man einer Einigung zustrebe, monach in Preußen baldige Neuwahlen ausgeführt werden. Damit dürfte die große Koalition von selbst in die Brüche gehen.

Die Umstellung der Innenpolitik im Reich und in Preußen wird auch in Sachen zur Auswirkung gelangen. Das zeigte sich bei der Tagung des Landesausschusses der Deutschen Volkspartei, der, wie in bürgerlichen Blättern gemeldet wird, am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung in Sebnitz tagte. Die Reichstagsabgeordneten Dr. Heinze und Dr. Schneider erstatteten Bericht über die politische Lage. In einer Resolution wurde erklärt, daß der Landesausschuss die Reichstagsfraktion erlöche, "die Bildung der Reichsregierung auf Grundlage des großen Bürgerblocks mit aller Energie weiter zu treiben". Das wäre das Ende der großen Koalition auch für Sachsen. Wir hätten nun dennoch mit demselben Neuwahlen zu rechnen. Nur mit dem Unterschied, daß die bürgerlichen Parteien die Initiative in die Hände nehmen, daß die Wahlen von dem bürgerlichen Blockgedanken getragen würden, und daß der koalitionsflüsternde Teil der Landtagsfraktion plötzlich außerhalb der Regierung läge, und daß die Auffassung der Fraktionsminderheit trotzdem recht behaftet bliebe.

Die Entwicklung zum Bürgerblock wird zwangsläufig durch die Konsoziation der bürgerlichen Interessen bestimmt. Die Bewirkung dieses Gedankens kann durch Widerstände in den bürgerlichen Fraktionen lediglich aufgehalten werden. Aber der Bürgerblock kommt, weil er vom Profitinteresse der gesamten Kapitalistenklasse getragen ist, und in diesem Sinne haben sich die demokratischen Börsenleute von dem hochkonservativen Agrariern noch selten unterschieden.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Montag nach Beendigung der Plenarsitzung zu einer Besprechung zusammen. Da die Regierungsbildung noch nicht beendet war, hatte die Fraktion keinen Anlaß, sich mit dem Regierungsproblem zu beschäftigen. Infolgedessen erstattete Genosse Dr. Breißfeld, der jedoch aus Paris zurückgekehrt ist und dort mit den maßgebenden Führern der Linksparteien Besprechungen abgehalten hat, einen Bericht über seine Pariser Eindrücke.

In den späteren Abendstunden verlautete, daß den Mittelparteien die Erklärungen der Deutschnationalen bezüglich der Außenpolitik noch zu unbestimmt seien. Es verlangten daher eine präzisere Erklärung der Deutschnationalen über ihre außenpolitischen Forderungen. Deren Ueberbrückung wird von den Mittelparteien bis heute normtägig 11 Uhr erwartet, da eine weitere Verzögerung der Regierungsbildung nicht mehr möglich ist.

Stresemann zum Rücktritt bereit.

II. Berlin, 3. Juni. Dr. Stresemann hat, wie die Weltanschauung erfährt, an den noch immer mit der Bildung eines Kabinetts beizutreten Dr. Marx einen Brief gerichtet, in dem er zum Ausdruck bringt, daß er mit seiner Person einer eventuellen Wiederbildung mit den Deutschnationalen nicht im Wege stehen will.

Der Karden-Allenläter Anhermann wegen Mordversuchs verurteilt.

SPD. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin hatte sich am Montag der 32-jährige ehemalige Oberleutnant Walter Anhermann als Haupttäter des politischen Attentats gegen Maximilian Harden am 3. Juni 1922 in Berlin-Grünwald zu verantworten. Die beiden Mittäter Grenz und Reichardt sind bereits früher wegen Körperverletzung bzw. Anstiftung zu vier Jahren neun Monaten und zwei Jahren neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Anhermann war es gelungen, zu flüchten, so daß er sich jetzt erst zu verantworten hat. Das Urteil gegen Anhermann lautet auf 6 Jahre Zuchthaus wegen versuchten Mordes. Das Schwurgericht hat dabei als erwiesenen angenommen, daß Anhermann den Vorschlag hatte, Maximilian Harden zu erlöben. Das Gericht vertrat diese Auffassung auf Grund der Vorbereitungen und aus der Tat des Angeklagten selbst, der mit einem Loschläger auf das Opfer einschlug. Die ganze Art der Ausführung und Vorbereitung der Tat sei mit Ueberlegung geschehen. Dem Angeklagten wurde zugute gehalten, daß er im Kriege seine Schuldigkeit getan hat und das Opfer der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse geworden ist. Das Motiv der Tat sei für den Angeklagten gewesen, Geld für seine weitere leichtfertige Lebensführung zu bekommen, so daß es sich um egoistische Motive gehandelt habe. 11 Monate Untersuchungshaft sollen dem Angeklagten angerechnet werden. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm nicht aberkannt, um ihm die Rückkehr ins bürgerliche Leben nicht zu erschweren.

Herriot.

Von André Pierre.

Paris, 28. Mai.

Die Entscheidung darüber, wie das Kabinett aussehen wird, dem das verhängnisvolle Erbe Poincarés zufällt, wird erst von den Kongressen der Radikalsozialistischen und der Sozialistischen Partei gefällt werden. Diese beiden Kongresse tagen bekanntlich gleichzeitig vom 1. bis zum 3. Juni. Nach den Debatten zu urteilen, die soeben auf dem sozialistischen Parteitag des Seine-Departements stattgefunden haben, werden die Anhänger einer Regierungsbeteiligung zwar einen heftigen Vorstoß auf unserm Kongreß unternehmen, jedoch wird, wie ich nach wie vor glaube, der Standpunkt Paul Faure und Léon Blum, die eine Beteiligung an der Regierung ablehnen, die Mehrheit auf sich vereinigen.

Wie dem auch sein mag, das eine steht fest, daß wir mit oder ohne Sozialisten eine Regierung Herriot bekommen. Außer der Ministerpräsidentenschaft wird Herriot wie sein englischer Kollege Macdonald höchstwahrscheinlich das Ministerium des Äußeren übernehmen. Was für ein Mensch ist der Führer der Radikalen, welches ist sein intellektuelles Antlitz, sein Charakter, seine Vergangenheit? Kann man ihm Vertrauen schenken? Ich glaube die Fragen am besten beantworten zu können, wenn ich Ihnen ein kurzes Porträt des Nachfolgers Poincarés entwerfe.

Von robuster, etwas schwerfälliger Gestalt, verzärt er sofort seine Aufmerksamkeit von einer Bauernfamilie. Sein Gesicht ist offen, mit betonten Zügen und hellen Augen, die einem direkt ins Gesicht schauen. Die Stimme warm und sonor, breite, großzügige Gesten, — das ist der bisherige Bürgermeister von Lyon.

Er steht in der Blüte seiner Jahre, ein Fünfsziger. Er ist von erstaunlicher Arbeitsfähigkeit, und seine häufigen Reisen zwischen Paris und Lyon haben seine Gesundheit nicht angegriffen.

Poincaré war der typische Advokat, der Sachwalter, stets darauf bedacht, seinen Prozeß ob mit oder ohne Recht zu gewinnen. Herriot ist Advokat von wüßbegierigem und feinem Geist, vorurteilsfrei, von empfindsamem Gemüt. Poincaré war der Grenzfranzose, der in der 1970er Erinnerung und obliquen Revanchegedankten befangene Lothringer. Herriot, der sich Lyon zur Heimat erkoren, ist seit 19 Jahren Verwaltungstechniker einer wesentlich handwerklichen Stadt, die vom Verkehr mit Europa lebt, vor Italiens und der Schweiz Loren liegt und durch ihren Seidenhandel direkte Verbindungen mit Amerika und Japan unterhält. Die Rhône ist nicht wie die Maas der Herd engstirnigen, krankhaften Patriotismus. Auch hier ist man guter Patriot, aber mehr noch Europäer, weil man die Notwendigkeit friedlicher Beziehungen zum übrigen Europa erkennt.

Die ganze Schaffentat Herriots enkaltete sich in Lyon, wohin er vor mehr als zwanzig Jahren als Lehrer zog. Er hat aus Lyon, soweit es ihm die Verhältnisse des altkateinischen Lugdunum erlaubten, eine moderne Stadt gemacht, er hat eine Reihe sozialer Werke vollbracht, Krankenhäuser errichtet und gesunde Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung erbaut. Den Fortschritt des deutschen Städtebaus intensiv verfolgend, besuchte er vor dem Kriege die große Ausstellung für Kommunahygiene, wenn ich nicht irre, in Dresden. Er kehrte von dort begeistert zurück, — zur großen Enttäuschung der Chausvinisten, die es nicht dulden wollten, daß ein Franzose bei dem "Erbsind" in die Lehre ginge. Ich erinnere mich sehr gut (ich war zu jener Zeit in Lyon), daß ihm seine "Deutschlandsfreundschaft" beinahe sehr schwer zu stehen gekommen wäre, — verbreiteten doch die Lyoner Reaktionen am Tage des Kriegsausbruches das Gerücht, Herriot, ein Freund des deutschen Konsuls, wäre der Spionage überführt und sollte verhaftet und erschossen werden.

Ich erzähle diese wenig bekannte Geschichte, um zu zeigen, daß es Herriot in gewissen Fällen weder an weitem Horizont, noch an Mut ermangelt und daß er nicht davor zurückschreckt, die Unpopulartät zu provozieren, wenn er es im öffentlichen Interesse gelegen hält. In Lyon hat er all seine Gegner entwaffnet, er hat Handel und Industrie der Stadt bereichert, indem er eine Jahresmesse nach dem Vorbild der Leipziger schuf, und sein Stolz ist der, daß sein Werk immer bessere Erfolge zeitigt, während die Pariser Messe sich kaum zu entwickeln scheint.

Schaffen, Handeln, — das sind die bedeutsamen Titel seiner beiden Werke, in denen er seine politischen und ökonomischen Ansichten dargelegt hat. Seine Worte sind vielversprechend. Er hat sie verwirklicht auf der kleinen Arena Lyons, wird er sie auch auf der großen politischen Bühne Frankreichs verwirklichen können? Die Aufgabe ist in der Tat sehr viel schwerer ...

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, Poincaré, Briand, Millerand, Clemenceau richtet Herriot, ein Anhänger Colbertscher Ideale, sein Augenmerk in erster Linie auf die ökonomische Wirklichkeit. Und obgleich Haupt einer großen politischen Partei, ist er überzeugt, daß das politische Leben sich nur an der Oberfläche der Wirtschaft ab-